

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	71
		<b>TOP:</b>	1
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	469/2019
		<b>GZ:</b>	SWU
<b>Sitzungstermin:</b>	24.05.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Fuhrmann		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Dr. Oediger, Frau Schweyer (ASW)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Sabbagh / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Entwicklungskonzeption Wirtschaftsflächen für Stuttgart (EWS) - Endbericht und Handlungsprogramm - Einbringung -</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 16.05.2019, GRDRs 469/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der umsetzungsorientierten Entwicklungskonzeption Wirtschaftsflächen für Stuttgart (EWS) wird zugestimmt. Sie ist strategische und konzeptionelle Grundlage zur Sicherung, Anpassung und Aktivierung der Wirtschaftsflächen und ihrer Infrastruktur in der Landeshauptstadt Stuttgart.
2. Die in der Entwicklungskonzeption Wirtschaftsflächen für Stuttgart vorgeschlagene Umsetzung und weitere Vertiefung werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird in einer Haushaltsvorlage die notwendigen Maßnahmen darstellen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind auch die Mitglieder des UTA eingeladen. Die Anwesenden einigen sich darauf, die Vorlage zunächst einzubringen, im UTA vorzubereiten und im Gemeinderat am 06.06.2019 zu beschließen.

Im Sinne der Vorlage erläutert Herr Dr. Oediger zunächst die Untersuchung, Frau Schweyer stellt anschließend die ersten Umsetzungsmaßnahmen, die seit 2016/2017 auf den Weg gebracht worden seien, dar. Die dabei verwendete Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Die Vertreter der Fraktionen danken für die Ausführungen und die umfassende Zusammenstellung.

Aus Sicht seiner Fraktion sollten, so StR Rudolf (CDU), die Themen Flächenentwicklung und -aktivierung noch etwas intensiver behandelt werden. Interkommunale Gewerbegebiete sollten die Handlungsfähigkeit steigern. Bis 2030 sollte z. B. das Gebiet Fasanhof-Ost entwickelt sein. Dabei müsse auch auf die Mobilität und die Infrastruktur geachtet werden. Stuttgart habe den Vorteil, dass hier mit 20 % viel produzierendes Gewerbe ansässig sei. Dessen Vernetzung mit Forschung, Wissenschaft und Entwicklung stelle ein hervorragendes Alleinstellungsmerkmal dar.

Das kooperative Verfahren habe ihrer Fraktion von Anfang sehr gut gefallen, erklärt StRin Fischer (90/GRÜNE). Es vereinfache die Umsetzung. Die Zahl von 265 Potenzialgebieten sei enorm. Ihre Fraktion begrüße die künftig aktivere Rolle der Stadt. Sie erkundigt sich danach, ob auch der Eiermann-Campus hier einbezogen sei.

StR Pfeifer (SPD) erinnert an die Anträge seiner Fraktion zum Thema. Allerdings merke man der Konzeption an, dass es eine intensive Phase von 2014 bis 2016 mit vielen Beteiligungen und Workshops gegeben habe, die dann abgebrochen sei. Er weist darauf hin, dass bei der Erstellung des Gutachtens weder erkennbar gewesen sei, dass KNV von Daimler abgelöst werde, welche enormen Investitionen Porsche in Zuffenhausen tätige und dass ein Transformationsprozess in der Automobilindustrie bevorstehe. Insofern gebe es eine ganze Reihe von Lücken. Und es werde davon ausgegangen, dass alles im Innenentwicklungsbereich passiere. Ihm fehle noch eine Option, was man mache, wenn die angedachten Maßnahmen nicht funktionierten. Mit Blick auf die von der Wirtschafts- und Industrievereinigung gewünschte höhere Lebensqualität und Naherholungsangebote in Gewerbegebieten schließe er sich der Verwaltung an, dies nicht zu vermischen. Grundsätzlich sollte sich die Stadt aktiver mit konkreten Schritten einbringen, seinem Eindruck nach seien die Doblinger Unternehmensgruppe und der Flughafen die größten Gewerbeentwickler im Großraum Stuttgart.

Vermisst habe er einen konkreten Bezug zum gemeinsamen Gewerbegebiet mit Leinfelden-Echterdingen. Auch das Urban Sandwich-Programm werde nicht erwähnt, ebenso wenig das IBA-Thema Arbeiten und Wohnen bzw. Produktive Quartiere.

Letzteres unterstreicht auch StR Ozasek (SÖS-LINKE-PLuS). Hier fehle die Verschränkung mit der EWS. Er erinnere sich ebenfalls an diese intensive Arbeitsphase im UA EWS. Diese sei 2016 abgebrochen und nicht wieder aufgenommen worden. Er habe hier mindestens viermal nachgefragt - ohne Erfolg. Seine Fraktionsgemeinschaft benötige Zeit zur Beratung über die umfangreiche Vorlage. Die wichtigste Botschaft sei, dass der Bedarf der Gewerbe- und Industrieflächen größtenteils im Bestand gedeckt werden könne. Letztlich entscheidend sei die Bodenfrage, ob die Stadt z. B. Schutzgebiete für Gründer ausweisen oder Gebiete selbst bevorraten und bewirtschaften solle. Zentral sei für seine Fraktionsgemeinschaft die funktionalräumliche Integration der Industrie- und

Gewerbeentwicklung in den urbanen Kontext im Sinne eines Urban Industrial Parks oder Eco-Industrial Parks. Eine vertikale Produktion müsse strategisch geplant werden, damit man nicht für eine Mischnutzung geeignete Flächen an eine reine Wohnnutzung verliere. Die in Stuttgart geplanten großen Bürogebäude im Stadtraum - Allianz, Daimler im Synergiepark - zögen immense Verkehre nach sich. Schließlich müsse sich auch der Masterplan 100 % Klimaschutz auf die Produktion erstrecken. Er habe in der Vorlage nichts zum Thema Klimaneutralität gefunden. Das müsse aber ein entscheidendes Handlungsfeld werden. Dies gelte auch für die Ressourceneffizienz und die nachhaltigen Stoffkreisläufe sowie - angesichts der Zersiedelung - die Verkehrsvermeidung. Diesbezüglich sollte das Papier aus dem Jahr 2016 auf den aktuellen Stand gebracht werden.

StR Zaiß (FW) vermisst in der Vorlage Außenlagerflächen für Gewerbe, z. B. Handwerker, Dachdecker, Bauunternehmen. Die 145 ha Wirtschaftsfläche sollten seiner Ansicht nach zu finden sein.

Für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Abt. Wirtschaftsförderung plädiert StR Klingler (BZS23). In diesem Bereich sollten auch mehr Stellen geschaffen werden. Nicht nur im Hinblick auf die Gewerbesteuererinnahmen, sondern auch auf den Verkehr sei es wünschenswert, mehr Gewerbe anzusiedeln, da die Wege für die in Stuttgart Wohnenden dann relativ kurz seien.

BM Pätzold erklärt, die Erkenntnisse aus dieser Arbeit seien in verschiedene Projekte geflossen und hätten an mancher Stelle auch die Einstellung geändert. Jahrzehntlang habe man versucht, den Synergiepark nachzuverdichten. Mit Daimler und der Allianz werde dies nun realisiert - und werfe die Frage nach der Infrastruktur auf. Was Forschung und Entwicklung anbelange, so habe man mit den Universitäten Hohenheim und Stuttgart-Vaihingen an den Masterplänen für eine strategische Entwicklung gearbeitet. Die Wirtschaft mit ihrer Dynamik müsse hier einbezogen werden.

Besonderes Augenmerk müsse man auf die Gründer richten. Ohne eine prosperierende Gründerlandschaft gebe es seiner Meinung nach keine Weiterentwicklung, die in einer Industriestadt wie Stuttgart aber eminent wichtig sei. Die vorhandenen Gebiete müssten geschützt werden. Zum Beispiel sehe er den Hafen als ein Industriegebiet an, das weiterentwickelt werden müsse. Das schließe Wohnen aus. Man brauche auch Gebiete, in denen Lärm, Schichtbetrieb und Anlieferung möglich seien. An anderer Stelle könne Mischnutzung weiterentwickelt werden. Auch die Nachverdichtung am Flughafen dürfe nicht vernachlässigt werden. Zugleich werde der Flughafen irgendwann zu einer Drehscheibe des Fern- und Nahverkehrs.

Bei allem spiele auch die Energie- und Flächeneffizienz eine Rolle. Erfreulich sei die Hinwendung der Firmen Bosch und Daimler zum Klimaschutz. Sie strebten eine CO<sub>2</sub>-freie Produktion an. Die damit verbundenen Technologien sicherten dann auch künftig den Wohlstand der Stadt. Ohne Gewerbe und Industrie sei Wohnen kein Thema mehr. Deshalb müsse man beides zusammen denken.

Herr Dr. Oediger dankt für die Reaktionen und sagt zu, die Fragen und Anregungen zu bearbeiten und den Bericht zu aktualisieren. Er kündigt eine Haushaltsvorlage an, in der die notwendigen Maßnahmen dargestellt werden sollten. Wenn es zeitlich machbar sei, könnten die Haushaltsvorlage und die Weiterführung der Diskussion zur EWS kombiniert werden.

Die Konzeption müsse aktualisiert und um konkrete Projekte ergänzt werden, bestätigt BM Fuhrmann. Er weist auf die sehr gute Zusammenarbeit zwischen den Referaten SWU und WFB sowie der Abt. Wirtschaftsförderung hin.

Abschließend stellt er fest:

Die GRDRs 469/2019 ist eingbracht.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)  
weg. UTA, GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-PR
  3. OB/82
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)
  5. Rechnungsprüfungsamt
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. Gruppierung FDP
  7. Gruppierung BZS23
  8. SchUB
  9. AfD
  10. LKR